

C – Was Frieden schützt



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 14.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 739 bis 742 einfügen:

Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, insbesondere Demokratieaktivist*innen in Hongkong, durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Unternehmen müssen für ihre Produkte und Produktionsbedingungen in Haftung genommen werden können. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen. Wir erwarten daher auch, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert.

Begründung

Auf China-Workshop der BAG Frieden & Internationales erarbeitet und am 14.10.23 von der BAG beschlossen.